

29. April 1992 Hu/fl

Interessengemeinschaft
Schweiz-UdSSR

8034 Zürich
Postfach 690, c/o SHIV (Vorort)
Telefon 01/382 23 23
Fax 01/ 382 23 32

~~de~~ ~~rib~~
bad
~~any~~

PROTOKOLL
der Vorstandssitzung der Interessengemeinschaft
Schweiz-UdSSR vom 8. April 1992,
09.30 Uhr, beim Schweizerischen Bankverein, Zürich

Anwesend

Vorstand: Hanspeter Rüede, Präsident (Vorsitz),
L. Bösch, Dr. L. Bühler, E. Burgener, Dr. G.
Condrau, Dr. P. Hopf, A. Margot, F. Maurhofer,
A. Mayor, G. Mégel, Dr. R.A. Meyer, Al. K.
Osterwalder, G. Thalmann, Dr. P. Hutzli
(Protokoll)

**Schweizerische
Botschaft in
Moskau:** Botschafter Dr. Jean-Pierre Ritter

**Bundesamt für
Aussenwirtschaft:** Botschafter Dr. S. Arioli, H.-U. Mazenauer, L.
Ribeli

**Bundesamt für Bildung
und Wissenschaft:** Dr. Norbert King

VSM: Dr. J. Mermod

Entschuldigt: Ph. Lévy, Dr. M. Monsch, P. Schild, Dr. F. von
Schwarzenberg, F. W. Schweizer

Ferner: J.-A. Grumbach (in Vertretung von Dr. M. Monsch)
K. Lehmann (in Vertretung von Dr. F. von
Schwarzenberg)



1. Protokoll der Vorstandssitzung vom 3. September 1991

Das Protokoll wird diskussionslos genehmigt.

Der *Unterzeichnete* teilt auf Anfrage mit, dass noch zahlreiche Firmenporträts ausstehend sind und es notwendig wird, die Mitglieder zu mahnen.

2. Aussprache über die Situation in der ehemaligen UdSSR

Die Aussprache ergibt das folgende Bild:

- ° Die Situation in den Republiken der ehemaligen UdSSR ist sehr schwierig. Trotz der Absage an den Kommunismus und die zentrale Planwirtschaft sind die alten Strukturen noch weitgehend vorhanden; die Kompetenzen sind allerdings unklar und die verschiedenen Stellen konkurrenzieren sich untereinander.
- ° Die Preiserhöhungen haben in zahlreichen Bereichen zu schwierigen Situationen geführt. Es mangelt an Ersatzteilen, namentlich weil der Nachschub von einer Republik in die andere nicht mehr spielt, oder dann nur gegen Devisen, die aber kaum vorhanden sind.
- ° Das Bankensystem funktioniert weitgehend nicht mehr. Dadurch ist die Bewirtschaftung der ohnehin knappen Devisen schwierig durchzuführen. Für die Devisenzuteilung gilt folgende Priorität: 1. Medikamente, 2. Nahrungsmittel, 3. alles, was der Produktion von Nahrungsmitteln dient.
- ° Seitens Russlands und anderer Republiken besteht ein grosses Interesse an Importen aus dem Westen, auch an Know-how. Es ist aber kein Geld vorhanden.
- ° Die Infrastruktur ist in einem bedenklichen Zustand; es sind keine kompetenten Leute mehr vorhanden, die Entscheide treffen können.
- ° Die baltischen Staaten sind wirtschaftlich nach wie vor von der GUS abhängig und importieren dadurch die Inflation. Jeder der drei Staaten verfolgten aber eine eigene Politik.
- ° Da die Firmen die verdienten Devisen nicht an den Staat abliefern, ist dieser nicht in der Lage, die Schulden zurückzuzahlen.

- ° Trotz all dieser Schwierigkeiten ist es nach wie vor möglich, mit einzelnen Firmen Geschäfte zu machen, speziell wenn diese über eigene Deviseneinnahmen verfügen. Sowjetische Firmen belassen die Devisen häufig auf einem Konto im Ausland und können damit ihre Importe bezahlen.

3. Lagebeurteilung durch Herrn Botschafter Dr. Ritter

Eine Analyse oder Prognose der Entwicklung ist im heutigen Zeitpunkt nicht möglich. Vielleicht kann auf Ende Jahr eine vorläufige Bilanz gezogen werden. Ein inneres Gleichgewicht werden die Nachbarstaaten der UdSSR aber erst in mehreren Jahren erreichen können. Konflikte zwischen den Republiken sind nicht sehr wahrscheinlich, da die Präsidenten miteinander im Gespräche stehen. Gefährlicher sind dagegen die Konfliktmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Republiken, da eine Vielzahl von Minderheiten besteht. - Dabei ist zu unterscheiden zwischen Unabhängigkeitsbewegungen aufgrund ethnischer, kultureller oder historischer Eigenheiten und einem Separatismus aus wirtschaftlichen Gründen. Der Sinn für eine föderalistische Struktur fehlt vollständig; so ist Russland selbst nicht Mitglied der russischen Föderation, sondern verkörpert diese selbst!

Es besteht vorderhand keine eigentliche neue politische Klasse; unter den zahlreichen Parteien ist keine wirklich funktionsfähig. Alle Schuld wird heute den Putschisten zugeschoben; alle nicht am Putsch Beteiligten sind unschuldig und sitzen damit immer noch in ihren Aemtern.

Die russischen Funktionäre sind fest davon überzeugt, dass die Preisfreigabe ein Erfolg war. Wahrscheinlich hätte sie aber besser erst nach der Privatisierung stattgefunden. Es ist allerdings im Moment kein Weg sichtbar, wie die Privatisierung durchgeführt werden könnte. Wirkliche Privatbetriebe sind nur ausländische Unternehmungen und die Joint-Ventures. Die Liberalisierung der Preise hatte auch positive Seiten, indem der Versorgungsengpass überwunden werden konnte. Die Bevölkerung mit kleinen Einkommen hat es aber sehr hart getroffen; dieses menschliche Leid bildet gleichzeitig ein politisches Risiko. Ein weiteres Problem ist die Verflechtung der GUS-Staaten untereinander: Die Produktion war häufig monopolisiert auf bestimmte Betriebe, die das ganze Land zu beliefern hatten. Wenn nun der Handel zwischen den GUS-Staaten nicht mehr funktioniert, entstehen Mangellagen, was speziell bei den Ersatzteilen zu gewaltigen Problemen führt. Angesichts der zahllosen Probleme weiss man gar nicht, wo man anfangen soll.

Für die Schweiz stellt sich die Frage der Ausgestaltung des künftigen diplomatischen Netzes. Vorläufig ist folgendes geplant:

Die **Botschaft in Moskau** ist zuständig für die Staaten der GUS und Georgien, aber ohne die Ukraine, Weissrussland und die Moldau.

Eine neue **Botschaft in Kiew** wird zuständig für die Ukraine, Weissrussland und Moldau.

Eine ebenfalls neue Botschaft in Riga oder Vilnius ist zuständig für **Litauen** und **Lettland**, während für **Estland** die Schweizerische Botschaft in Helsinki zuständig wird.

4. Lagebeurteilung durch das Bundesamt für Aussenwirtschaft

a) Schuldenregelung

Die G 7-Staaten haben eine Regelung nach dem Modell des Pariser-Clubs getroffen. Die Schuldenregelung heisst allerdings nicht Bezahlung, aber immerhin Anerkennung der Schuld.

Das Finanzhilfe-Programm Bush/Kohl von 24 Milliarden Dollar ist ein Stand-by-Programm. 6 Milliarden stammen aus dem Stabilisierungsfonds, 4,5 Milliarden von internationalen Finanzierungsinstituten, 2,5 Milliarden aus Umschuldungen und 11 Milliarden aus bilateralen Verpflichtungen. Bei den nicht-ERG-gedeckten Forderungen ist eine staatliche Einflussnahme kaum möglich.

In Moskau ist die ^{Vneshekonom}Veschnekonom-Bank in drei Institute aufgeteilt worden. Eine zentrale Bank, die auch den Namen Veschnekonom-Bank führt, wird sich mit der Regelung der offenen Forderungen an die ehemalige UdSSR befassen.

b) Gemischte Kommission

Die russische Regierung hat die Frage der Reaktivierung der Gemischten Kommission aufgeworfen. Gewünscht wird eine flexible Struktur; fest würden Präsident, Vizepräsident und Sekretär bestimmt. Die russische Seite ist auch bereit, dass Industrievertreter teilnehmen. Hinsichtlich des Präsidiums möchten die Russen ein möglichst hohes Niveau. Vom Bawi aus ist man bereit, die Gemischte Kommission auf Russland zu übertragen, da sich Russland als Nachfolgestaat der UdSSR betrachtet. Da die Privatisierung noch nicht weit fortgeschritten ist, bleibt der Staat auch in Wirtschaftsfragen ein wichtiger Gesprächspartner, was

die Gemischte Kommission rechtfertigt.

Von russischer Seite wird vorgeschlagen, die noch mit der UdSSR abgeschlossenen Verträge vorläufig in Kraft zu belassen.

5. Neuorientierung der Interessengemeinschaft

Nach eingehender Diskussion über die künftige Aufgabe und die notwendige Strukturanpassung fasst der Vorstand folgende Beschlüsse:

- a) Die Interessengemeinschaft Schweiz-UdSSR wird übergeführt in die

Interessengemeinschaft für die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), Georgien und das Baltikum

Die neue Interessengemeinschaft wird sich mit dem ganzen Gebiet der ehemaligen UdSSR befassen. Sofern es die wirtschaftliche Bedeutung einer der Republiken rechtfertigt, wird mit ihr eine Handelskammer gegründet. Als erstes wird dies bei Russland der Fall sein.

Hinsichtlich des Bedürfnisses nach weiteren Handelskammern wird bei den Mitgliedern der Interessengemeinschaft eine Umfrage durchgeführt. Nach Auffassung des Vorstandes stehen dabei die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan im Vordergrund.

Die Interessengemeinschaft und die zu gründende Handelskammer wären personell und organisatorisch weitgehend identisch.

- b) Die bisherigen sektoriellen Gruppen werden aufgelöst, wobei es aber den einzelnen Gruppierungen, speziell wenn sie in einem Branchenverband zusammengeschlossen sind, freigestellt bleibt, die Arbeit fortzusetzen.
- c) Die Interessengemeinschaft beantragt die Mitgliedschaft in der Union Schweizerischer Auslandshandelskammern. Ein entsprechendes Gesuch wurde Ende 1991 eingereicht. In Frage kommt nur eine Mitgliedschaft als *korrespondierendes Mitglied*, da die Interessengemeinschaft keine Vertretung in der UdSSR resp. Russland unterhält.

(Die Generalversammlung der Union hat der Aufnahme am 24.

April 1992 einhellig zugestimmt).

- d) Es wird ein Vorstands-Ausschuss gebildet zur Besprechung der laufenden Geschäfte. Ihm gehören an: **Präsident, Vizepräsident und die Herren Dr. G. Condrau, A.K. Osterwalder und Dr. F. von Schwarzenberg.**

6. Haltung gegenüber privaten Initiativen

Der Vorstand beschliesst, die Handelskammer für das Baltikum, welche kürzlich gegründet worden ist, einzuladen, der neuen Interessengemeinschaft beizutreten.

Ebenso beschliesst der Vorstand, mit den Genfer Kreisen, die sich für eine Handelskammer Schweiz-Russland interessieren, das Gespräch fortzuführen, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

7. Festlegung der nächsten Vorstandssitzung und der Jahresversammlung 1992

Die nächste Sitzung des Vorstandes wird festgelegt auf

Dienstag, 16. Juni 1992, 10.30 Uhr

Die **Jahresversammlung folgt am gleichen Tag um 14.30 Uhr.**

Beide Veranstaltungen finden

bei der **Schweizerischen Bankgesellschaft**
Im Werd
Werdstrasse 75, Zürich

statt.

9. Verschiedenes

Herr Dr. Condrau regt an, die Absicht, die Interessengemeinschaft umzuwandeln und eine Handelskammer Schweiz-Russland zu gründen, in einer Pressemitteilung bekanntzugeben. Der Vorstand stimmt dem zu.

(Der Pressechef des Vororts hat nachträglich davon abgeraten, ein entsprechendes Communiqué herauszugeben, da eine solche Absichtserklärung kaum Beachtung finden würde. Er regte dagegen an, **die Gründung** der neuen Interessengemeinschaft und der Handelskammer Schweiz-Russland in den Medien entsprechend herauszustreichen.

Herr Rüede und Dr. Condrau waren unter diesen Umständen auf telephonische Anfrage hin einverstanden, dass im Moment kein Communiqué herausgegeben wird.)

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr.

Für das Protokoll:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. Rüede', written in a cursive style.